

Substanzielles Protokoll 76. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 9. Dezember 2015, 20.30 Uhr bis 23.54 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 4. | 2015/294 | Weisung vom 09.09.2015:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und
Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Global-
budgetanträge | FV |
| 8. | 2015/388 | A Postulat von Christina Schiller (AL) und Walter Angst (AL) vom
02.12.2015:
Ausrichtung eines Infrastrukturbeitrags an den Trägerverein Art-
Dock für die Zwischennutzung der noch stehenden Hallen des
Güterbahnhofs | STP |
| 9. | 2015/390 | A Postulat von Walter Angst (AL) vom 02.12.2015:
Angliederung von personellen Ressourcen des Projektstabs des
Stadtrats im Finanz- oder Präsidialdepartement | STP |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

1493. 2015/294

Weisung vom 09.09.2015:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 75, Beschluss-Nr. 1493/2015)

Beschlüsse:

PRÄSIDIALDEPARTEMENT

Antrag 024.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): *Wir hatten intern in der SVP Zielsetzungen, wie viele Kürzungen durchkommen müssen, damit wir dem Budget zustimmen können. Davon sind wir noch meilenweit entfernt. Wir haben Kompromisse mit den anderen bürgerlichen Parteien gesucht, auch davon sind wir noch sehr weit entfernt. Die folgenden Anträge werden wir überwiegend so beantragen. Man hätte die Kürzungen mit den Tabellenanträgen abhandeln können, was nicht der Fall war. Bei der vorliegenden Weisung erachten wir eine Kürzung von 25 000 Franken als moderat.*

Shaibal Roy (GLP): *Wir hätten hier einen sinnvolleren Ansatz von 10 % angestrebt. Die RPK-Mehrheit meint, dass eine Kürzung von 25 000 Franken auf dem Konto unverhältnismässig ist. Insbesondere auf diesem Konto handelt es sich um Dienstleistungen wie rechtliche Unterstützungen oder externe Gutachten und diese sind dringend nötig, weshalb eine Kürzung hier nicht angemessen ist.*

S. 118 15
1500
3180 0000

PRÄSIDIALDEPARTEMENT
Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung
Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
024.	Antrag Stadtrat			100 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)

25 000

75 000 Minderheit

Martin Bürlimann (SVP)
Referent, Dr. Urs Egger
(FDP), Roger Liebi (SVP),
Christian Traber (CVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Betragshöhe Rechnung 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 48 Stimmen zu.

Antrag 025.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Walter Angst (AL): *Im nächsten Jahr findet wieder das Züri Fäscht statt. Das Polizeidepartement hat deshalb Anpassungen am Festkonzept angeordnet, die im Rahmen der Bewilligung den Organisatoren auferlegt werden. Das Festkomitee gelangte an den Stadtrat, um das nötige Geld für die Umsetzung der Auflage zu ersuchen. Dazu ist eine entsprechende Weisung in Vorbereitung. Allerdings ist uns unverständlich, dass der Stadtrat Geld sprechen soll für Auflagen, die er gemacht hat, damit am Fest keine schweren Unfälle passieren. Wir sind dafür, den Betrag aus dem Budget herauszustreichen. Dann würde die Weisung nicht vorbereitet, was Ressourcen in der Verwaltung freisetzen würde.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Es ist nicht so, dass das Komitee die 300 000 Franken Mehrausgaben nun einfach bei der Stadt beziehen will. Es hat Mehrausgaben von 1,4 Millionen Franken und muss dem ZVV massiv mehr abgeben, weshalb es auch an den Kanton gelangen wird. Darüber hinaus will man dem privaten Nutzer teurere Getränkepreise und Standpreise verrechnen. Dies in einer kurzen Weisung abzuhandeln, finden wir nicht richtig. Das Komitee hat relativ viele Eigenmittel, deshalb empfiehlt die SVP eine gesamthafte Kürzung von 350 000 Franken: 150 000 Franken beim Züri Fäscht und 200 000 Franken beim Reformationsfest. Die 1,4 Millionen Franken Mehrausgaben könnte das Komitee aus Eigenmitteln stellen, jedoch ist eine halbe Million Franken davon gebunden. Schon 2009 wollte man das Guthaben des Züri Fäscht bis 2013 auf 0 senken, das Komitee hat aber immer noch 964 000 Franken ungebundene Eigenkapitalien. Der Stadtrat will in den nächsten 4 bis 5 Jahren 2,5 Millionen Franken in das Reformationsjubiläum investieren. Das ist uns zu viel. Es geht hier nicht um die Inhalte der Reformation, sondern um die Ausstrahlung der Stadt. Die reformierte Kirche befindet sich in einer Vorwärtsstrategie, durch die Kürzung wird die reformierte Kirche nicht schlechter aufgestellt sein.*

Felix Moser (Grüne): *Wir finden es auch schwierig, wenn die Stadt Auflagen macht und diese dann umgehend wieder durch die Stadt gezahlt werden sollen. Wir schlagen deshalb eine Minderung um 100 000 Franken vor.*

Shaibal Roy (GLP): *Die Mehrheit der RPK schlägt vor, hier mit dem Stadtrat zu gehen und uns die Diskussionen, um wenigstens dem Effizienzvorschlag der AL entgegen zu kommen, zu ersparen.*

Weitere Wortmeldung:

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Der AL-Antrag ist etwas lachhaft und ausser Traktandum zu kippen. Zum Minderheitsantrag 2 von der SVP: Für mich ist es sehr befremdlich, wenn ausgerechnet die Schweizerische Volkspartei das Zürcher Volksfest*

in einem kleineren Ausmass veranstalten will. Wenn Zürcherinnen und Zürcher unfallfrei heim kommen sollen, ist das nicht möglich. Es ist auch befremdlich, die Beiträge an das Reformationsjubiläum zu kürzen. Dies sollte würdevoll in der Stadt organisiert und durchgeführt werden.

Roger Liebi (SVP): Wenn man unbedingt Huldrych Zwingli huldigen möchte, sollte man jeden Mittwoch in diesem Parlament sparsam mit den Finanzen umgehen. Die Reformation soll durchaus gefeiert werden, doch die Stadt muss im Hinblick auf die nächsten Jahre sorgsam mit den Finanzen umgehen. Es gibt also keine Kürzungstabus, ob uns das nun in einzelnen Fällen passt oder nicht.

Roger Tognella (FDP): Bei allen Festivitäten geht es um die Rahmenbedingungen. Die Rahmenbedingungen der Stadt sind zwar gut, könnten aber besser sein. Die Vereine brauchen deshalb grössere Beiträge, weil es auch Rahmenbedingungen gibt, die man entsprechend wieder zahlen muss. Wenn man die Auslagen so generiert, dass man über höhere Beiträge einfach die neuen Auflagen von der Stadt zahlen lässt, ist dies auch falsch. Man muss dies anhand der einzelnen Weisungen beurteilen, die kommen. Dabei sollte man die Rahmenbedingungen anschauen, die Leistungen, die die Stadt erbringt und unsere Erwartungen. Und dann im einzelnen beurteilen, was sie uns wert sind. Der Antrag hier ist deshalb verfrüht.

S. 119 15
1500
3650 0000

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Präsidentialdepartement Zentrale Verwaltung
Beiträge an private Unternehmen

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
025. Antrag Stadtrat			835 000	Mehrheit
	300 000		535 000	Minderheit 1
	350 000		485 000	Minderheit 2
	100 000		735 000	Minderheit 3
	Begründung: AL: Verzicht auf Beitragserhöhung an Verein Zürcher Volksfeste; SVP: Reduzierte Erhöhung an Verein Zürcher Volksfeste (Fr. 150 000), Reduktion Beitrag Reformationsjubiläum um 50 % (Fr. 200 000); Grüne: Kleinere Beitragserhöhung an Verein Zürcher Volksfeste			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit (835 000) 72 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 026.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): In der Kulturabteilung sollte geprüft werden, ob man Gelder in der

Verwaltung für konkrete Kulturprojekte frei spielen kann. Die Verwaltung Kultur hat 32 Stellen, davon sind zwei Stellen im Helmhaus und im Filmpodium für konkrete Arbeiten eingesetzt, die restlichen sind Verwaltungsstellen. Bei diesen 30 Stellen könnte man prüfen, ob man eine davon im laufenden Jahr aufheben kann um entsprechende Gelder einzusparen, und diese nachher woanders einzusetzen.

Andrea Nüssli (SP): Die Kürzung auf diesem Konto trifft die Kleinstpensen von Angestellten im Stundenlohn. Im Filmpodium müssten die Kindervorstellungen, im Helmhaus die Abendveranstaltungen und am Theaterspektakel die Nachmittagsveranstaltungen für Familien gestrichen werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Es ist ein relativ abenteuerlicher Kürzungsantrag. Auf dem Lohnkonto soll mit der Begründung, dass Verwaltungskosten in Höhe von 100 000 Franken eingespart werden, gekürzt werden, zusätzlich ist der Antrag mit einem anderen Antrag verbunden, mit welchem man einen Infrastrukturbeitrag an ein Zwischennutzungsmuseum zahlen will. Tatsache ist, dass die Stellen in der Kulturabteilung gesicherten Verträgen unterliegen. Hier können wir nicht kürzen, ohne Kündigungen auszusprechen und das ist nicht möglich. Den Spielraum hätten wir also nur bei den Angestellten im Stundenlohn. Das würde Kulturschaffende und Veranstaltungen direkt treffen. Weil nur hier ein Spielraum besteht und uns Kündigungen nicht bekannt sind, bitte ich im Namen des Stadtrats diesen Antrag abzulehnen.

S. 120	15 1501 3010 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
026.	Antrag Stadtrat				3 707 800	Minderheit
			100 000		3 607 800	Mehrheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Verwaltungskosten zugunsten Beitrag ArtDock reduzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 60 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 027. und 028. (Postulat GR Nr. 2015/388)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL) begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1484/2015): In der letzten stehenden Halle des Güterbahnhofs wird seit einigen Jahren eine Zwischennutzung praktiziert, die in diversen Segmenten der Stadt auf Interesse gestossen ist. Die Zwischennutzung ist aus finanziellen Gründen gefährdet. Der Stadtrat soll die Fortsetzung dieser Zwischennutzung prüfen. Dazu soll kein Fixbetrag gesprochen werden, sondern Diskussionen aufgenommen und dafür gesorgt werden, dass der Kanton die Halle nicht abbricht, wenn die Zwischennut-

zung abgebrochen werden muss. Es liegt im Interesse der Stadt, solche Freiräume so lange wie möglich zu erhalten. Momentan finden dort Ausstellungen von Zürcher Künstlerinnen und Künstlern statt. Wenn dies nicht weitergeführt werden kann, ist es immer noch eine interessante Halle für andere Zwischennutzungen.

Severin Pflüger (FDP): Wir haben in der Stadt verschiedene Museen, in denen Kunst konsumiert und einem breiten Publikum zugänglich gemacht wird. Nachlässe von Künstlern zu sichern, ist verdienstvoll. Die Sicherung eines Nachlasses ist aber Aufgabe von Erben oder Sammlern. Repräsentative Kunstwerke werden durch das Kunsthaus gesichert und dem Publikum zugänglich gemacht. Wenn man darüber hinausgehen will, ist das eine private Angelegenheit. Es gibt keinen Grund, dies als Stadt auch noch mit einem Infrastrukturbeitrag zu unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Das Projekt Art Dock auf dem Güterbahnhofareal ist unbestritten toll. Hier ist aber der Kanton der Vertragspartner für beide Hallen. Ein Gebrauchsleihvertrag läuft Ende August 2016 aus, für die andere Halle besteht ein Gebrauchsleihvertrag, der Ende Juni 2016 ausläuft. In dieser Halle werden die Wechselausstellungen durchgeführt und sie wird so oder so nach Vertragsende für das Projekt PJZ durch den Kanton benötigt. Es ist unklar, ob der andere Vertrag, der bis Ende August läuft, verlängert werden kann. Die Stadt war bereit, das Projekt Art Dock mit einem einmaligen Projektförderungsbeitrag für eine dort geplante Weihnachtsausstellung zu unterstützen. Das Ressort bildende Kunst hat diesen genehmigt, allerdings ist die Veranstaltung wegen mangelnder Beteiligung nicht zustande gekommen. Wir probieren das Projekt im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen. Leider ist Art Dock nicht in der Lage, rudimentärsten Ansprüchen zu genügen, wenn es darum geht, einen mittel- oder langfristigen Business- und Budgetplan aufzustellen. Einen Infrastrukturbeitrag für ein Projekt zu leisten, von dem nicht sicher ist, ob und wie es weitergeführt wird, finden wir nicht richtig. Gewisse minimale Anforderungen müssen wir einfach stellen.

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Nüssli (SP): Wir sind für das Projekt, wenn wir dem Antrag jedoch zustimmen, sprechen wir das Geld nicht dem Projekt zu, sondern der Verwaltung. Diese kann das Budget in Anspruch nehmen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die Ausgaben belegt und abgerechnet werden. Deshalb stimmt die SP dem Mehrheitsantrag zu.

Dr. Daniel Regli (SVP): Es geht hier um Kunst, die man für ein Jahr unterstützen kann. Für einen weiteren Infrastrukturbeitrag sind wir nicht. Beim Deal machen wir mit, aber das Postulat werden wir vehement ablehnen. Wir wehren uns auch gegen den Gedanken, die Halle nicht ganz abzureissen.

Eduard Guggenheim (AL): Stiftungspräsident Ralph Baenziger ist hochengagiert, hat sein ganzes Geld in die Kunst gesteckt und Künstlerinnen und Künstler immer unterstützt. Der städtische Beitrag an die Weihnachtsausstellung in Höhe von 5000 Franken hätte natürlich nicht gereicht, um diese durchzuführen. Der letzte Rest des Güterbahnhofs soll abgerissen werden, um ein Rückhaltebecken bei Überflutungen ein wenig zu vergrössern. Man kann das Projekt nochmals unterstützen, was dort gemacht wird, ist für die Kultur der Stadt wesentlich und wichtig.

Severin Pflüger (FDP): Zum Antrag 26: Man spielt zwei verschiedene Kulturgattungen und Kulturträger gegeneinander aus. Man hat hier viele Vollzeitstellen in einem

normalen Anstellungsverhältnis und einige Teilzeitstellen. Das Filmpodium und Helmhaus dem Art Dock gegenüber zu stellen, hat uns schon ein wenig Bauchschmerzen gemacht. Aber wenn die AL sagt, dass dort Kürzungspotenzial vorhanden ist, dann glauben wir ihnen.

Niklaus Scherr (AL): *Es stellt sich die Frage, was wir für ein Kulturverständnis haben, ein buchhalterisches oder ein erweitertes. Leute, die künstlerisch aktiv sind, passen meistens nicht in ein rosa Kulturbürokratieraster, aber sie sind wichtig für ein Stück Lebensqualität in dieser Stadt. Ralph Baenziger bringt das Stück kreativer Anarchie in die zwinglianische Stadt Zürich hinein, wenn man dies als Liberaler in diesem Parlament nicht vorbringen kann, dann enttäuscht mich das. Baenziger war einer der privaten Mäzene, der ganz viele lokale Künstler unterstützt hat und jetzt dafür kämpft, dass ihre Nachlässe noch irgendwo ein Gehör und Gesicht finden können.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Offensichtlich hat die Stiftung keine Ahnung von den minimalsten Anforderungen der Rechnungslegung und kann kein Budget zusammenstellen. Dann muss der Vorstoss abgelehnt werden. Buchhaltung ist nicht zu unterschätzen, ohne Buchhaltung kein Geld.*

STP Corine Mauch: *Die grundsätzlichen Ansätze der Rechnungslegung beherrscht die Stiftung zwar nicht, aber wir sind bereit, grosszügig zu sein. Wir haben Ralph Baenziger nicht nur mit Geld unterstützt, viele Werke, die dort ausgestellt sind, stammen aus der städtischen Kunstsammlung. Wir unterstützen ihn also auch diesbezüglich sehr stark.*

S. -	15 1501 3650 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
027.	Antrag Stadtrat			100 000	100 000	Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP) Enthaltung Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Beitrag Zwischennutzung Güterbahnhof (ArtDock)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 27 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

1508. 2015/388**Postulat von Christina Schiller (AL) und Walter Angst (AL) vom 02.12.2015:
Ausrichtung eines Infrastrukturbeitrags an den Trägerverein Art-Dock für die
Zwischennutzung der noch stehenden Hallen des Güterbahnhofs**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1484/2015).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 75 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1493. Antrag 029.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Traber (CVP): *In der Rechnung 2014 waren auf diesem Posten 9500 Franken eingestellt, dieses Jahr waren es 13 500 Franken und jetzt sollen es 21 000 Franken sein. Für die Aus- und Weiterbildung von neuangestellten Mitarbeitern sollte das Budget von 2015, also 13 500 Franken, ausreichend sein.*

Shaibal Roy (GLP): *Es handelt sich um 200 Franken pro Mitarbeiter, ein moderater Schnitt. Das Wachstum der Kosten auf diesem Konto ergibt sich aus der Anstellung neuer Mitarbeiter in den letzten Jahren, acht neue Mitarbeiter allein in den Jahren 2014/2015. Wir gehen aber davon aus, dass das Budget nicht ausgeschöpft wird und bitten deshalb darum, mit der Mehrheit zu stimmen.*

S. 120	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT			
	1501	Kultur			
	3091 0000	Aus- und Weiterbildung des Personals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
029.	Antrag Stadtrat				21 000 Mehrheit
			7 500		13 500 Minderheit
					Stimmen
					Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
					Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Budget 2015 nicht überschreiten	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 030.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Wir beantragen eine Kürzung von 209 400 Franken. Also fast eine Halbierung, die wir auch unter anderen Umständen aufrechterhalten hätten.

Shaibal Roy (GLP): Der Betrag wurde in den Vorjahren schon deutlich gekürzt und zwar über 100 000 Franken. Ein gutes Beispiel also, wie eine Einsparung effektiv realisiert werden kann.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): 56 000 Franken sind auf der Liste schon einmal nicht aufgeführt, man weiss also nicht, wofür sie verwendet werden. Für den Helmhaus-Katalog und die Plakate werden 100 000 Franken aufgewendet. Die Tagesanzeiger-Partnerschaft ist noch nicht alles. Das Theater Hechtplatz benötigt 90 000 Franken für seine Plakate und Broschüren. Mit diesen Beträgen sind wir schon über den geforderten 209 400 Franken.

Roger Liebi (SVP): Wir mussten einige Zugeständnisse machen bei Anträgen um grosse Beträge, die nicht durchkamen und von denen wir sicher waren, dass sie durchkommen. Deshalb halten wir an unseren Einsparungen fest.

S. 120	15 1501 3101 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
030.	Antrag Stadtrat				409 400	Mehrheit
			209 400		200 000	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Weniger Plakate und Broschüren drucken für Zürcher Kulturinstitutionen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 031.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die 246 000 Franken beziffern eine Halbierung. Doch es gibt immer noch genug Geld für Werbemassnahmen. Konkurrenz für Private durch staatliche Kulturinstitute ist nicht erwünscht.

Shaibal Roy (GLP): 210 000 Franken sind allein aus der Medienpartnerschaft mit dem

Tagesanzeiger für das Theaterspektakel, mit Einnahmen im entsprechenden Betrag auf dem Gegenkonto eingestellt. Bei einer Zustimmung des Antrags würde man also auf diesem Konto ins Minus fallen.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Wir beantragen eine Kürzung von 246 000 Franken. Die Medienpartnerschaft mit dem Tagesanzeiger beträgt 210 000 Franken. Der grosse andere Posten ist das Theater Hechtplatz, das für Inserate 150 000 Franken ausgibt. Wir leben in einem elektronischen Zeitalter, man muss für den Druck von Broschüren und Plakaten sowie für Inserate nicht mehr soviel Geld aufwenden. Der Hechtplatz benötigt sechsmal mehr als das Helmhaus, sieben Mal mehr als das Filmpodium. Wie ist das legitimiert? Eine Medienpartnerschaft verstehe ich so, dass der Tagesanzeiger für 210 000 Franken in eigener Regie Inserate schaltet und die Stadt diese 210 000 Franken zahlt. Für den Tagesanzeiger kostet es nie 210 000 Franken, wenn sie ihre eigenen Inserate schalten. Hier kann man ohne weiteres beim Hechtplatz und beim Theaterspektakel einsparen.*

S. 120	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1501	Kultur				
	3101 0109	Insertionsaufwendungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
031.	Antrag Stadtrat				446 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			246 000		200 000 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Weniger Insertionen für Zürcher Kulturinstitutionen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 032.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): *Da der Antrag 8 mit der tabellarischen Kürzung angenommen worden ist, wird dieser Antrag zurückgezogen.*

S. 120	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1501	Kultur				
	3111 0000	Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen

032.	Antrag Stadtrat	122 500	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	13 000	109 500	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung: Verzicht auf Neuanschaffungen (keine Werkzeuge) für Theaterspektakel			

Severin Pflüger (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 033.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): *Die Lebensmittel sind schwierig zu budgetieren. Zudem steht ihnen ein Ertragskonto gegenüber, wenn die Lebensmittel verkauft worden sind. In der Rechnung 2014 wurden noch 150 000 Franken ausgegeben, im Budget 2015 wurden dann nur noch 137 000 Franken eingestellt und jetzt möchte man wieder 147 000 Franken einstellen. Angesichts der schwierigen Budgetierung gehen wir zurück auf das Budget 2015 von 137 000 Franken.*

Shaibal Roy (GLP): *Wenn man mehr Lebensmittel einkauft, stehen diesen mehr Verkäufe entgegen und wenn diese nicht unter Einkaufspreis verkauft werden, sollte dem im Budget eine effektive Verbesserung gegenüberstehen. Mit einer Streichung um 10 000 Franken würde man das verhindern und deshalb empfehlen wir hier mit der Mehrheit zu gehen.*

S. 121	15 1501 3135 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Lebensmittel				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
033.	Antrag Stadtrat				147 000	Mehrheit
			10 000		137 000	Minderheit
			Begründung: Plafonierung Budget 2015			
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 034.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die Minderheit 1 beantragt hier eine Verbesserung von 363 000 Franken. Es geht bei den Liegenschaften um eine Anmietung zweier Wohnungen in Zürich für Kulturschaffende aus dem Ausland und im Budget 2015 ist mit 30 000 Franken eine vergünstigte Atelierwohnung in Istanbul angemietet worden. Es ist jedoch keine Kernaufgabe des Staats, Wohnungen im Ausland zu mieten. Deshalb ist eine Optimierung von Fremdmieten durchaus möglich.

Christian Traber (CVP): Wir sind der Meinung, dass der Anstieg für 2016 nicht gerechtfertigt ist, und bitten darum, dem Budget von 2015 zuzustimmen, was einer Kürzung von 35 300 Franken entspricht.

Shaibal Roy (GLP): Es gibt einen Gemeinderatsbeschluss von 2008 für die Erhöhung der Künstlerwohnungen, der das im vorgeschlagenen Rahmen vorsieht. Deshalb bitte ich, mit der Mehrheit zu stimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Ist es sinnvoll, in einer Zeit, in der wir um jeden Rappen kämpfen, dass man Künstlerwohnungen in New York, Istanbul, Kairo und Berlin finanziert? Ist das die Aufgabe der Stadt? Ich kann nicht nachvollziehen, dass man bei den Kürzungen nicht mitmacht. Wenn man irgendwo anfangen muss, muss man hier anfangen, weshalb wir an dem Antrag festhalten. Selbst wenn der Antrag nicht durchkommt, sollte man, im Rahmen des Durchgehens aller Posten um Sparbemühungen, mindestens bei den Künstlerwohnungen im Ausland prüfen, ob man diese aufheben kann.

Dr. Daniel Regli (SVP): Die Antworten des Stadtrats und die Weisungen sollten kritischer gelesen werden. Es wurde der Gemeinderatsbeschluss von 2008 zitiert. Dort wurde ein Betrag von 118 000 Franken festgelegt. Bei der Migros Herdern sind 155 000 Franken für Fremdmiete eingeschrieben. Wo sind die fehlenden 37 000 Franken? Bei den Lagerräumen des Theaterspektakels stehen 130 000 Franken auf der Liste. Wenn man dies zusammen zählt, kommt man nur auf 80 000 Franken. Dann haben wir den Verzicht der SBB-Mieten für ihre Rente, die auf 2016 budgetiert wurden und das teure Büro an der Schiffflände für das wichtige Theater Hechtplatz, kostet 80 000 Franken im Jahr. Man kann hier 50 % runtersparen, ohne dass die Stadt daran kaputt geht.

S.	121	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT			
		1501	Kultur			
		3160 0000	Miete und Pacht von Liegenschaften			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
034.	Antrag Stadtrat				713 000	Mehrheit Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		363 000			350 000	Minderheit 1 Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		35 300			677 700	Minderheit 2 Christian Traber (CVP) Referent

Begründung: SVP: Markante Optimierungen bei den Fremdmieten durchsetzen; CVP: Budget 2015 nicht überschreiten

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(713 000)	75 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(350 000)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(677 700)	<u>7 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 035.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die Minderheit beantragt eine Kürzung von 664 100 Franken. Es geht um Preisverleihungsfeiern, die man vergünstigen kann, Evaluationen und Beratungen, die man minimieren kann und Tanz- und Theaterlandschaft, die man überprüfen soll und diese Überprüfung ist nicht notwendig.

Walter Angst (AL): Der Tabellenkürzungsantrag wurde abgelehnt; der Betrag, der vom Stadtrat beantragt wird, liegt im Rahmen des Budgets. Wir haben vor kurzem bei den Zusatzkrediten auf dem Konto zusätzliche Mittel für die Produktion im Theater Hechtplatz beschlossen, deshalb ist es nicht sinnvoll, jetzt die Kürzung zu beschliessen.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Wir wechseln zur Minderheit, obwohl wir mit der Begründung nicht einverstanden sind. Aber wir haben eine 10 %-Kürzung auf diesem Konto angestrebt und streben diese auch weiterhin an.

Severin Pflüger (FDP): Wir sind der Meinung, dass die Überprüfung der Tanz- und Theaterlandschaft sehr nötig ist. Es gibt Redundanzen und Entwicklungsmöglichkeiten, die überprüft werden müssen. Wir möchten eine saubere Evaluation, um nachher effektiv zu entscheiden, was mit unseren Theaterhäusern passiert. Wenn wir ein starker Kulturplatz sein wollen in der Theaterszene, ist es notwendig, dafür Mittel in die Hand zu nehmen.

Christian Traber (CVP): Unter dem Aspekt der Überprüfung werden auch wir von der Mehrheit zur Minderheit wechseln und die 10 %-Kürzung unterstützen.

Andrea Nüssli (SP): Wir sind nicht für eine Kürzung. Wir möchten, dass die Preisverleihungsfeiern weiterhin durchgeführt werden und auch, dass die Tanz- und Theaterlandschaft weiterhin das geplante Budget zur Verfügung hat. Wir unterstützen deshalb den Stadtrat.

Dr. Daniel Regli (SVP): Es sind nur 350 000 Franken eingestellt für Preisverleihungen, Evaluationen und die Überprüfung der Tanz- und Theaterlandschaft. Ein grosser Posten sind die Löhne, wo nur eine 10 %-Kürzung möglich ist. Wir bleiben bei unserer 10 %-Kürzung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Im Kulturbetrieb muss man weit vorausplanen und genauso weit im voraus werden Verträge abgeschlossen, die bindend sind. Andererseits werden Einnahmen generiert, die auf diesem Konto nicht ersichtlich sind.

S. 121	15 1501 3180 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
035.	Antrag Stadtrat				6 427 500	Mehrheit
			664 100		5 763 400	Minderheit
		Begründung:	Preisverleihungsfeiern vergünstigen, Evaluationen/Beratungen minimieren, Tanz- und Theaterlandschaft nicht überprüfen			
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 036.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Es gibt freie Ressortkredite in der Höhe von sechs Millionen Franken für Theater, Bildende Kunst, Tanz, E-Musik, Jazz/Rock/Pop. Dazu 190 000 Franken freie Ressortkredite für interdisziplinäre Gesuche, für Diverses 300 000 Franken, Stipendien für eine Million Franken und dann eine Fülle von Krediten, die nie das Licht des Gemeinderats erblickt haben. Bei über sieben Millionen Franken hätte man also Handlungsspielraum, aber die knapp 103 Millionen Franken kann man offensichtlich nicht ändern, diese seien schon beschlossen.

Shaibal Roy (GLP): Das man einen willkürlichen Betrag herauskürzt, ist nicht einfach möglich. Auch wenn man vielleicht gewisse Sympathien hegt für den Vorschlag, langjährige Verträge mit Grossinstitutionen nochmals zu untersuchen. Im Rahmen des Budgets kann das aber nicht passieren, es bestehen hier Gemeinderatsbeschlüsse.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Es wurden von der Mehrheit auch Kürzungsanträge um 10 % bewilligt. Hier geht es um eine 5 %-Kürzung. Die Argumentation kann ich also nicht ganz nachvollziehen.

Dr. Daniel Regli (SVP): *Es ist nicht willkürlich. Genau zu den Ausgaben, die der Gemeinderat nicht mit einer Weisung durchgewunken hat, sondern zu den anderen Posten wurde argumentiert. Von den sieben Millionen Franken, die ich angesprochen habe, sind fünf Millionen Franken keineswegs willkürlich.*

S. 122	15 1501 3652 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Kulturförderungsbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
036.	Antrag Stadtrat				103 963 700	Mehrheit
			5 000 000		98 963 700	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Langjährige Subventionen annullieren, Förderkredite nicht ausschöpfen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 037.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): *Da der zweckgebundene Kulturanteilsbetrag gemäss dem Finanzausgleichsgesetz nicht dem effektiven Betrag inklusive Berücksichtigung der negativen Teuerung entspricht, sondern kalkulatorisch mit 43,5 Millionen Franken eingestellt worden ist, fehlt hier die Korrektur von 600 000 Franken. Der korrekte Betrag, teuerungsbereinigt, ist der Betrag von 44,1 Millionen Franken. Deshalb stimmt die RPK-Gesamtheit für die Korrektur um 600 000 Franken.*

S. 123	15 1501 4980 0111	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Vergütung der Finanzverwaltung für Anteil Zentrumslastenausgleich Kultur				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
037.	Antrag Stadtrat				-44 105 400	
				600 000	-43 505 400	Zustimmung
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Gemäss Angaben Gemeindeamt (Revisionsbericht Finanzkontrolle Stadt Zürich)			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 038.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die Stadt beteiligt sich mit 200 000 Franken an einem Investitionsprojekt, namentlich der Erneuerung der Infrastruktur, die vom Gönnerverein des Theaterspektakels getragen wird. Das Investitionsprojekt will das Festivalgelände teilweise neu gestalten, im Vordergrund stehen Eingangsportale und ein Ersatz für das Haus am See. Die bisherigen Zelte bei den Eingangsportalen entsprechen nicht mehr den statischen Anforderungen. Das stimmt, allerdings ist die Minderheit der Meinung, dass das Theaterspektakel schon sehr viel städtische Unterstützung bekommt und Unterstützungen in Investitionen nicht notwendig sind.

Shaibal Roy (GLP): Es geht hier vor allem um die Eingangsbereiche, weil die Zelte nicht mehr den statischen Ansprüchen entsprechen und schon im letzten Jahr Mietlösungen dafür gefunden werden mussten. Das ist mittel- bis langfristig teurer, als wenn wir eine Investition tätigen und zudem stellt dies ein Sicherheitsrisiko dar. Von den Gesamtinvestitionen wird ein wesentlicher Anteil vom Lotteriefonds und Privaten getragen. Die Sponsoren bestehen auf einem attraktiven Eingangsbereich und werden sich aller Voraussicht nach auch noch an dem Projekt beteiligen.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Daniel Regli (SVP): Der Gönnerverein des Theaterspektakels sollte etwas geben und nicht an die Stadt gelangen und 200 000 Franken beantragen. Danach geht man zum Lotteriefonds und der grösste Teil der Gesamtsumme ist von staatlicher Seite wieder subventioniert. Die Stadt könnte das Theaterspektakel beispielsweise privatisieren, es sollte auf jeden Fall mehr Eigenleistung erbringen.

S. 123	15		PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT			
	1501		Kultur			
	550018		Beitrag an Gönnerverein Theaterspektakel für Investitionen			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
038.	Antrag Stadtrat				200 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		20 000			180 000 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Keine Entrichtung von Investitionsbeiträgen an Theaterspektakel			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 039.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Die RPK-Mehrheit ist auf dem folgenden Posten für eine Reduktion. Wenn der Antrag durchkommt, muss von der Stadtentwicklung eine Evaluation gemacht werden, auf welche Projekte verzichtet werden kann.

Felix Moser (Grüne): Die Minderheit erachtet eine Kürzung für nicht sinnvoll. Es gibt diverse Projekte auf dem Konto, die sinnvoll sind. Grundsätzlich ist der Betrag viel zu hoch.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Angeblich steht der Stadtblick hier im Fokus, aber nur zu einem kleinen Teil. Ich wäre über mehr Hinweise froh gewesen, welche weiteren Aktivitäten der Dienstabteilung Stadtentwicklung hier gekürzt werden sollen. Das Konto wurde in den letzten Jahren immer sukzessive gekürzt. Wir haben die Kürzung, die der Gemeinderat beschlossen hat, nicht wieder aufgestockt. Dass es jetzt noch einmal gekürzt werden soll, geht an das Kerngeschäft der Dienstabteilung.

S. 125	15 1505 3180 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
039.	Antrag Stadtrat				1 279 400	Minderheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			200 000		1 079 400	Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Verzicht (u. a. Stadtblick)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 51 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 040. und 041.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Wir sind der Meinung, dass auf den Stadtblick verzichtet werden kann. Der Auftrag der Stadtentwicklung, über ihre Tätigkeiten zu informieren, kann auch ohne eine Publikation realisiert werden.

Felix Moser (Grüne): Die RPK-Minderheit findet es schwierig, wenn übers Budget einzelne Publikationen gestrichen werden. Allenfalls kann man den Stadtblick nur noch elektronisch publizieren, das wurde noch nicht geprüft. Es gibt jedoch diverse andere städtische Publikationen, die kein Thema sind. Wenn, dann müsste man eine Gesamtschau machen.

S. 125 15
1505
3181 0000

**PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Stadtentwicklung Zürich
Post- und Telekommunikationsgebühren**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
040. Antrag Stadtrat			18 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	3 000		15 000 Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Verzicht Stadtblick

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 51 Stimmen zu.

Antrag 041.

Wortmeldungen siehe Antrag 040.

S. 125 15
1505
3911 0000

**PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Stadtentwicklung Zürich
Vergütung an SBMV für Material/Dienstleistungen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
041. Antrag Stadtrat			26 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	8 000		18 000 Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Verzicht Stadtblick

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 52 Stimmen zu.

Antrag 042.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürliemann (SVP): Die Minderheit beantragt eine Kürzung um 80 000 Franken. Es sind zu viele Mitgliedschaften, man sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren und dort auch den entsprechenden Beitrag leisten.

Shaibal Roy (GLP): Als grösster Posten steht der Betrag des Vereins Metropolitanraum

an, der mit seiner Zielsetzung, der Stärkung der Wirtschaft, des Verkehrs, der Gesellschaft und des Lebensraums eigentlich den Zielsetzungen von liberalen und volksparteilichen Interessen entsprechen müsste.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Wir beantragen eine markante Kürzung. Der Verein Metrapolitanraum bekommt jedes Jahr 41 000 Franken zugesprochen. Warum soll man nicht austreten können? Hier muss ein Signal gesetzt werden, vor allem, weil hier auch wieder 15 000 Franken nicht ausgewiesen sind.*

S. 125	15 1505 3197 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Mitgliederbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
042.	Antrag Stadtrat				100 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			80 000		20 000 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Mitgliederbeiträge reduzieren oder annullieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 043.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Shaibal Roy (GLP): *Nachdem der Gemeinderat letzten Mittwoch beschlossen hat, die Beiträge an das Game Festival nur noch für ein Jahr auszurichten und die Beträge jeweils im Januar und Juni, aufgrund des Auszahlungsmodus, bereits auch für das Folgejahr geleistet werden, entfällt der Betrag gemäss dem Gemeinderatsbeschluss anteilmässig für 2017 und kann im Budget 2016 herausgestrichen werden.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Potenzielle Kürzungen sehen wir beim Beitrag Mirsah, dem Forum der Religionen, dem Kompetenzzentrum für interkulturelle Konflikte und dem Film Office. Zu den 39 000 Franken für kleinere ad hoc Beträge, können wir nur eine ad hoc Kürzung von 250 000 Franken beantragen.*

Felix Moser (Grüne): *Wir respektieren den Entscheid des Gemeinderats von letzter Woche und wechseln zur Mehrheit.*

S. 125	15 1505 3650 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen

043.	Antrag Stadtrat		4 109 000	Minderheit 1	Felix Moser (Grüne)
			500 000 N		Referent
		250 000	4 359 000	Minderheit 2	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
		30 000	4 579 000	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Enthaltung	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung: SVP: Beträge an Film Office, Forum Religionen, Interkulturelle Konflikte, Game Festival und ad hoc Projekte reduzieren oder annullieren; GLP: Betrag ans Game Festival nur ein Jahr ausrichten			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(4 579 000)	103 Stimmen
Antrag Stadtrat	(4 609 000)	0 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(4 359 000)	<u>22 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 044.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Fachstelle für Gleichstellung muss man auflösen, in der Stadt sollte das ja alles bereits umgesetzt sein. Für die Studien, die die Fachstelle ausarbeitet, wird sie nicht benötigt.

Shaibal Roy (GLP): Es heisst, die Gleichberechtigung sei bereits erreicht und die Lohnungleichheit vermutlich auch inexistent. Alle Statistiken beweisen das, die kann man auf die eine oder andere Art lesen. Die Berechtigung der Fachstelle ist sehr wohl gegeben, denn die Zahlen und Fakten zur Gleichstellung sind noch nicht an den Mann und die Frau gelangt. Darum empfiehlt die Mehrheit, diesen Antrag abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die FDP hat mehrere Jahre hintereinander Kürzungsanträge auf diesem Konto gestellt, aber bisher nie gesagt, dass die Gleichstellung erreicht ist. Mich würde interessieren, warum die FDP nun der Meinung ist, dass die Gleichstellung erreicht ist und die Fachstelle nicht mehr benötigt wird.

Karin Weyermann (CVP): Wir sind der Fachstelle eher kritisch gegenüber eingestellt. Trotzdem unterstützen wir den Antrag nicht, weil man nicht einfach per 1. Januar 2016 auf Null runtergehen kann. Durch eine Verschiebung von Stellen ins HR – und somit von

der Fachstelle weg – könnte man abbauen, aber müsste nicht die Fachstelle ganz aufgeben.

Severin Pflüger (FDP): Unter dem Antrag 45 werde ich unsere Motivation genauer erläutern.

S. 127	15 1506 Saldo	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Laufende Rechnung / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
044.	Antrag Stadtrat				1 754 100	Mehrheit
			1 754 100		0	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
						Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Fachstelle für Gleichstellung auflösen, nicht nötig, da Gleichstellung erreicht			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 045.

Kommissionsminderheiten /-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): Wir haben auf verschiedene Art probiert zu erläutern, dass die Fachstelle mit zehn Personen, wovon sechs Personen Projektleiter sind, absolut überdotiert ist. Die Gleichstellung, die voranschreitet, bedingt, dass die Themen, die die Fachstelle aufnimmt, immer weniger werden und schwerer umzusetzen sind. Um ihre Existenz zu begründen, fördert sie immer mehr Aktivitäten. Wieso braucht eine überpersonalisierte Fachstelle 290 000 Franken Entschädigungen für Dritte? Man könnte sehr viel selbst erledigen. Beim Thema Lohngleichheit gibt es Defizite, das ist unbestreitbar. Aber trotzdem braucht man die Stelle in dem Umfang nicht mehr.

Christian Traber (CVP): Wir haben den Antrag gestellt, eine moderate Kürzung zurück auf das Budget 2015 zu bewilligen. Wir sind der Meinung, dass diese Kürzung erstmal ausreicht.

Walter Angst (AL): Die RPK-Mehrheit ist der Meinung, dass das Budget, das seit langer Zeit gleich bleibt, weiterhin gleichbleiben soll und beantragt, dem Stadtrat zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Die GLP geht zurück auf ihren tabellarischen Antrag der 10 %-Kürzung und wird entsprechend zur Minderheit 2 wechseln.

Stefan Urech (SVP): In Europa gibt es nur noch eine Stadt, die rot-grüner ist als Zürich, nämlich Winterthur. Das allererste, was dort nach dem Finanzcrash gestrichen wurde,

war die Fachstelle für Gleichstellung.

Severin Pflüger (FDP): Wir schwenken auch um zur Minderheit 2.

S. 127	15 1506 3180 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
045.	Antrag Stadtrat			290 000	Mehrheit
			150 000	140 000	Minderheit 1
			29 000	261 000	Minderheit 2
					Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Christian Traber (CVP) Referent
			Begründung: FDP: Verzicht auf Überangebot im Internet sowie externe Konsultationen und Fachinputs, keine Kontrolle Lohngleichheit bei Privaten, Lohnmobil, Genderkompetenz; CVP: Budget 2015 nicht überschreiten		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(290 000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(140 000)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(261 000)	<u>41 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 63 gegen 62 Stimmen zugestimmt.

Antrag 046.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Minderheit beantragt beim Museum Rietberg eine Saldokürzung von 259 400 Franken.

Shaibal Roy (GLP): Das Museum Rietberg würde bei einer Kürzung um den vorgeschlagenen Betrag operativ lahmgelegt, denn über die Konti müssen Zahlungen und Verpflichtungen erfüllt werden. Sponsoren, die über Jahre dem Museum treu geblieben sind, haben auch dieses Jahr wieder Gelder gesprochen. Sie müssen sich darauf ver-

lassen, dass die Bewerbung der Hauptausstellung mit dem fokussierten Jahresprogramm auch effektiv erfolgen kann.

S. 129	15 1520 Saldo	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Museum Rietberg Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
046.	Antrag Stadtrat				8 669 200	Mehrheit
			259 400		8 409 800	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
						Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Kürzung Saldo um 10 %, analog Sammelkürzungen auf den Kontogruppen 3091, 3101, 3180			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 047.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Der Projektstab hat uns in der Zwischenzeit nicht wirklich überzeugt. Sowohl durch die Projekte, die er bearbeitet, noch durch den Erfolg dieser Projekte. Die Departemente können durchaus auch ohne den Projektstab die gleiche Wirkung erzielen.

Shaibal Roy (GLP): Die Stadt hat zunehmend komplexe und departementsübergreifende Projekte zu bewältigen. Für diese Projekte werden Programmmanager benötigt und diese sind im Projektstab angesiedelt. Sie müssen die Fäden der jeweiligen Subprojekte zusammenhalten und unterstehen dem Gesamtstadtrat. Eine Auflösung würde auch die Entlassung der 400 Stellenprozente bedeuten, das entspricht nicht der Stadt als Arbeitgeberin und dem Willen der RPK.

S. 136	15 1561 Saldo	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement Laufende Rechnung / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
047.	Antrag Stadtrat				1 448 300	Mehrheit
			1 448 300		0	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
						Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)

Begründung: Projektstab Stadtrat auflösen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 048. und 049. (Postulat GR Nr. 2015/390)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL) begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1486/2015): Der Antrag 48 möchte den Stadtrat auffordern zu prüfen, ob man im Rahmen 2016 eine Reduktion der Lohnkosten realisieren kann. Das Postulat macht dem Stadtrat den Vorschlag, generell zu schauen, ob man den Projektstab auf die wirklich notwendigen Arbeiten reduzieren kann. Dort wo Projekte aus dem Ruder laufen und es notwendig ist, dass eine zentrale Koordination installiert wird. Generell sollte man Projekte aufgleisen, die die zuständigen Dienstabteilungen selber bewältigen können. Die abteilungsübergreifenden Arbeiten sind sich die Behörden eigentlich gewöhnt, dafür eine spezielle Organisation aufzubauen, erscheint uns nicht sinnvoll.

Andrea Nüssli (SP): Die Minderheit befürchtet, dass, wenn man die Lohnkosten kürzt, gewisse Verträge aufgelöst werden müssten und Mitarbeiter einen Anspruch hätten auf eine Abgangsentschädigung oder Lohnfortzahlung. Das wollen wir nicht, weshalb wir mit dem Stadtrat stimmen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Der Projektstab Stadtrat besteht noch nicht so lange. Der Projektstab ist ein Kompetenzzentrum für das Projektmanagement von grossen, überdepartementalen Projekten. 400 Stellenprozente verteilen sich auf fünf Personen. Der Projektstab muss mit zahlreichen Departementen und Externen zusammen arbeiten, weil er auch eine gewisse Respektsfunktion haben muss, damit er die Koordination auch wahrnehmen kann. Deshalb ist er erstens im Präsidialdepartement und bekommt zweitens die Aufträge direkt vom Stadtrat zugetragen. Vor diesem Hintergrund würde der Kürzungsantrag in die sehr schlanke, sehr effiziente Einheit eingreifen und deshalb lehnen wir das Postulat ab. Es ist wichtig, dass das keine Linie ist, sondern je nach Projekt gezielt und effizient als Kompetenzzentrum unterschiedlichen Departementsvorstehenden die Ressourcen zur Verfügung stellt.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Wir unterstützen das Postulat, sehen aber die Umsetzung 2016 von der effektiven Verschiebung der Personalressourcen eher als schwieriges Unterfangen an und würden es begrüssen, dass der Stadtrat proaktiv dem Anliegen entsprechen würde. Wir möchten aber dem Stadtrat einen gewissen Handlungsspielraum überlassen und würden deshalb beim Antrag 48 der Minderheit zustimmen, aber das Postulat überweisen.

Dr. Daniel Regli (SVP): Nach wie vor ist uns nicht klar, warum diese komplexen Aufgaben keine Stabsstelle erfüllen kann. Es gibt keinen strukturellen Zwang, dass eine Stabsstelle unter dem Präsidialdepartement dies nicht machen kann. Ein Präsidium ist für die überdepartementale Führung, für die integrale Führung von schwierigen Aufgaben da. Die Kürzungsanträge unterstützen wir.

Karin Weyermann (CVP): Das Postulat ist dazu da, zu prüfen, ob man den Projektstab entweder dem Finanzdepartement oder dem Präsidualdepartement angliedern kann. Wir sehen keinen Grund, warum der Projektstab frei schwebend sein muss und nicht angegliedert sein kann. Wir sehen keinen Grund, dass er deshalb an Kompetenz oder an Ausstrahlung gegenüber den Departementen verliert. Der Kürzungsantrag ist mehr ein Zeichen, die Umsetzung des Postulats zu unterstützen. Damit können auch gewisse personelle Ressourcen eingespart werden. Es geht nicht darum, Kündigungen auszusprechen, sondern nur, die Ressourcen zu untersuchen.

Michael Schmid (FDP): Wir denken nicht, dass der Projektstab überdepartemental sein muss und der Leiter des Projektstabs eine Respektsperson gegen aussen sein muss, um die Verhandlungen zu führen. Dafür ist das Stadtpräsidium und sind die Mitglieder des Stadtrats da. Aus unserer Sicht ist das Postulat wichtig und richtig, die Innovation nochmal im Detail zu prüfen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Projektstab ist eine Stabsstelle im Präsidualdepartement, nicht im Stab der Stadtpräsidentin. Er ist auch klar zugeordnet. Die Forderung, das in den Departementen aufzubauen, hiesse, entweder die Stäbe aufzustocken, die aber dann nicht ständig etwas zu tun hätten, oder Externe beizuziehen, wo immer wieder gekürzt wird. Wenn das Mandat fertig ist, sind nicht mehr die gleichen Leute ansprechbar. Es kommt wieder ein anderes Projekt mit Querbezügen zum vorhergehenden, was die Leute des Projektstabs hervorragend zusammenfassen. Der Projektstab erlaubt es, schwierige Projekte schnell voran zu bringen und hat sicher schon sehr viel Geld eingespart.

Dr. Daniel Regli (SVP): Wenn der Projektstab im Präsidualdepartement angesiedelt ist, wieso muss er dann anders heissen? Wieso konnte man nicht sagen, es ist eine Stabsstelle der Stadtpräsidentin mit der genau gleichen Aufgabe. Eine Dienstabteilung wird immer teurer. Das Renomee einer Dienstabteilung ist Kostenwachstum.

S. 136	15	PRÄSIDIALDEPARTEMENT			
	1561	Projektstab Stadtrat im Präsidualdepartement			
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
048.	Antrag Stadtrat			613 900 Minderheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		50 000		563 900 Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
		Begründung: Reduktion Stellenplan			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 67 gegen 52 Stimmen zu.

1509. 2015/390**Postulat von Walter Angst (AL) vom 02.12.2015:
Angliederung von personellen Ressourcen des Projektstabs des Stadtrats im
Finanz- oder Präsidualdepartement**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1486/2015).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 50 gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1493. Gemeinsame Behandlung der Anträge 050. und 051.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): *Unbestritten in Zusammenhang mit dem Projektstab ist, dass wir keine Doppelfinanzierungen wollen. Darum beantragt die RPK-Mehrheit, die Streichung für die eingestellten Mittel der Strategieschwerpunkte von je 250 000 Franken, das muss von den zuständigen Dienstabteilungen im Rahmen ihrer normalen Budgets realisiert werden.*

Andrea Nüssli (SP): *Der Betrag ist ein Gesamtbetrag für den Strategieschwerpunkt. Der Stadtrat hat erst vor kurzem entschieden, welche Bereiche von der Organisation oder Personal betroffen sind und der Budgetposten muss vorhanden sein. Wir wollen, dass die Umsetzung der Strategieschwerpunkte zentral als Geld eingestellt wird und wenn die Verwendung klar ist, dieses Geld dann den Departementen zugesprochen wird. Das ist keine Doppelbudgetierung.*

S. 136	15 1561 3186 0810	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Projektstab Stadtrat im Präsidualdepartement Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit den Legisla- turschwerpunkten: Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation				
			Verbesserung	Verschlech-	Betrag	Stimmen
				terung		
050.	Antrag Stadtrat				250 000	Minderheit
			250 000		0	Mehrheit
						Andrea Nüssli (SP) Refe- rentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Ohne Erhöhung der Budgets der zuständigen Dienstabteilungen finanzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 51 Stimmen zu.

Antrag 051.

Wortmeldungen siehe Antrag 050.

S. 137	15	PRÄSIDIALDEPARTEMENT				
	1561	Projektstab Stadtrat im Präsidualdepartement				
	3186 0820	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit den Legislaturschwerpunkten: Projektumsetzung				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
051.	Antrag Stadtrat			250 000	Minderheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		250 000		0	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Ohne Erhöhung der Budgets der zuständigen Dienstabteilungen finanzieren				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 50 Stimmen zu.

FINANZDEPARTEMENTAntrag 052.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir beantragen hier eine Kürzung um 25 000 Franken auf diesem Konto.**Rebekka Wyler (SP):** Bei den Tabellenanträgen wurde dies schon diskutiert. Die RPK-Mehrheit ist für eine Ablehnung des Antrags.

S. 142	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2000	Finanzdepartement Zentrale Verwaltung				
	3170 0000	Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
052.	Antrag Stadtrat			35 000	Mehrheit	Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

25 000

10 000 Minderheit

Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Kürzung im Sinne einer konsequenten Sanierung der Stadtfinanzen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 053.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Damit die maroden und schlechten städtischen Finanzen wieder ins Lot gebracht werden, sind wir auch hier für eine Kürzung um 200 000 Franken.*

Walter Angst (AL): *Es ist nicht erschlossen worden, welche Beiträge an private Unternehmungen hier gestrichen werden sollen. Die RPK-Mehrheit hat nicht den Eindruck, dass das Finanzdepartement einer privaten Unternehmung sinnlos Geld zuspricht.*

Weiter Wortmeldungen:

Katharina Widmer (SVP): *Es geht um eine Totalverbesserung von 200 000 Franken, davon sind 50 000 Franken für die Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins und 100 000 Franken gehen an die Stiftung Zürcher Lehrhaus. Beide Institutionen sollten in der Lage sein, sich selber zu finanzieren oder andere Quellen zu finden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Dreiviertel dieser Beträge wurden erst kürzlich in diesem Jahr vom Gemeinderat bewilligt. Wie soll man diese Beiträge kürzen, wenn das hier bewilligt wurde? Das wäre eine Ignoranz des eigenen Beschlusses.*

S. 143 **20**
2000
3650 0000

FINANZDEPARTEMENT
Finanzdepartement Zentrale Verwaltung
Beiträge an private Unternehmungen

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
053. Antrag Stadtrat			215 000	Mehrheit
	200 000		15 000	Minderheit
				Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
				Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Kürzung im Sinne einer konsequenten Sanierung der Stadtfinanzen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 054.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): *Humanitäre Hilfe im Ausland ist keine Gemeindeaufgabe. Wenn man das eigene Gewissen beruhigen möchte, kann man privat spenden.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Es gibt immer wieder Katastrophenfälle und wir reden hier von humanitärer Hilfe und nicht von Entwicklungszusammenarbeit. Es würde der Stadt nicht schlecht anstehen, den Betrag im Budget zu belassen. Im konkreten Fall kann man immer noch besprechen, ob man den Betrag sprechen will.*

S. 143	20 2000 3670 0099	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Humanitäre Hilfe im Ausland				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
054.	Antrag Stadtrat				100 000	Mehrheit
			100 000		0	Minderheit
			Begründung: Keine kommunale Aufgabe			
						Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Refe- rent, Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 055.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Markus Kunz (Grüne): *Wir stellen einen moderaten Erhöhungsantrag von 500 000 Franken für die Entwicklungszusammenarbeit. Das ist eine Bundesangelegenheit, aber auch eine Aufgabe der Kantone und Gemeinden. Ein solcher Beitrag wäre sozial nachhaltig, weil es eine Hilfe an die sozialen Gefüge der Länder ist, die es brauchen können, ökologisch nachhaltig, weil Klimaflüchtlinge zunehmend ein Thema werden und wirtschaftlich nachhaltig, weil jeder investierte Franken dort volkswirtschaftlich wieder Ertrag erbringt, auch wenn der Ertrag nicht in der Schweiz anfällt.*

Roger Liebi (SVP): *Auf dem Konto stehen schon 2,5 Millionen Franken. Man würde noch 500 000 Franken zusätzlich sprechen. Wir sollten uns um die wirtschaftliche Sicherheit unserer eigenen Stadt sorgen und auf unsere Finanzen achten. Die Entwicklungshilfe ist Sache des Bundes und es macht keinen Sinn, dass sie auch noch Sache der Gemeinden wird.*

Christian Traber (CVP): *Wir finden, dass bei der aktuellen Finanzlage eine moderate Kürzung und nicht komplette Streichung angebracht ist. Deshalb sind wir für eine*

Kürzung um 1,5 Millionen Franken, so dass noch eine Million Franken zur Verfügung gestellt werden kann, für diejenigen, die es wirklich benötigen.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit ist der Meinung, dass eine Aufstockung ein sinnvoller, verantwortungsvoller Schritt ist. Deshalb wechselt die Mehrheit zur Minderheit 1.

Weitere Wortmeldungen:

Simon Kälin (Grüne): Die CVP hat noch vor kurzem dafür gestimmt, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Eine Präventionsmassnahme wäre es, damit die Flüchtlingszahlen nicht noch dramatischer steigen, Hilfe vor Ort zu gewährleisten. Das heisst nichts anderes als Entwicklungszusammenarbeit mit guten Projekten. Jeder Franken, den wir für die Entwicklungsarbeit mehr ausgeben, ist ein sehr gut investierter Franken.

Dr. Mario Babini (parteilos): Gerechtigkeit gibt es in der realen Welt leider nicht. Entwicklungshilfeschüsse an Projekte zu streichen, die gerechtfertigt sind und keinen hohen bürokratischen Aufwand haben, ist ein Armutszeugnis. Hier bekämpft man die Flüchtlingsproblematik schon bei den Ursachen und betreibt keine Symptompolitik.

Isabel Garcia (GLP): Bei uns herrscht zu diesem Thema Meinungsvielfalt. Insofern haben wir dieser Meinungsvielfalt Rechnung getragen und votieren hier für Stimmfreigabe.

Niklaus Scherr (AL): Es gab einmal eine Zeit, wo es in der Stadt eine breite Mehrheitskoalition für Entwicklungshilfe gegeben hat. Das war nie ganz eigennützig, es ging auch um den Systemwettbewerb im Kalten Krieg. Heute sind wir jedoch an einem Punkt angelangt, wo man leider feststellen muss, dass wir in den 70er-Jahren um einiges grosszügiger waren. Der Antrag der Grünen ist ein vernünftiger Antrag.

Martin Luchsinger (GLP): Vom Stadtrat haben wir einen Vorschlag, was er mit dem Budget und der Finanzlage für eine Entwicklungshilfe geben will. Jetzt schwenkt man einfach auf eine halbe Million Franken mehr und meine Frage wäre, wohin dieses Geld geht. Ob es tatsächlich dorthin geht, wo man langfristig tatsächlich Krieg verhindern kann? Oder ob wir einfach 500 000 Franken mehr in Brunnenbauten investieren?

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Wir haben einen Volksauftrag und die Rechtsgrundlage, es ist also eine städtische Aufgabe. Wir haben Mühe, angesichts der Qualitätsansprüche, mehr auszuschöpfen, wir haben auch schon weniger ausgeschöpft. 2,5 Millionen Franken sind ein Zeichen, das sich die Stadt nach wie vor, angesichts des Elends in der Welt, leisten kann.

S. 143 20		FINANZDEPARTEMENT				
2000		Finanzdepartement Zentrale Verwaltung				
3670 0199		Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
055.	Antrag Stadtrat			2 500 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP)
			500 000	3 000 000	Minderheit 1	Felix Moser (Grüne) Referent

2 500 000	0 Minderheit 2	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
1 500 000	1 000 000 Minderheit 3	Christian Traber (CVP) Referent
	Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
Begründung: Grüne: Entwicklungshilfe vor Ort ist nachhaltig und sinnvoll; FDP: Bundesaufgabe; CVP: Kürzung aufgrund der städtischen Finanzsituation		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 1:

Antrag Stadtrat	(2 500 000)	6 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(3 000 000)	64 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 056.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Minderheit beantragt, die Abschreibungsbeiträge für das nächste Jahr nicht zu sprechen. Es ist nicht so einfach, solche Liegenschaften zu kaufen und deshalb finden wir, dass das nicht benötigt wird.

Walter Angst (AL): Der Gemeinderat hat den Spielraum, zwischen 0 und 5 Millionen Franken der PWG als Abschreibungsbetrag zuzusprechen. In der Regel werden die Gelder von der PWG bei Käufen genutzt, weil diese momentan wegen des überhitzten Markts zu sehr hohen Preisen stattfinden. Der Antrag vom Stadtrat erscheint der RPK-Mehrheit vernünftig.

S. 145 20
2000
563108

FINANZDEPARTEMENT
Finanzdepartement Zentrale Verwaltung
Abschreibungsbeiträge an Stiftung PWG für den Kauf von Liegenschaften

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
056. Antrag Stadtrat			3 000 000 Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		3 000 000	0 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: PWG benötigt diese Abschreibung nicht

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 057.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Roger Liebi (SVP): Wir gehen davon aus, dass man die 2 Millionen Franken zusätzlich budgetieren kann.

Dr. Urs Egger (FDP): Man kann schon sagen, dass es 2 Millionen Franken mehr gibt von der ZKB. Wir haben noch nicht Ende Dezember, es kann immer noch das eine oder andere passieren. Wir bleiben bei den 22 Millionen Franken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die 2 Millionen Franken sind nicht einmal erwirtschaftet worden zu dem Zeitpunkt, als sie beantragt wurden. Wie viel die ZKB abschreiben muss, ist auch noch völlig offen.

Roger Liebi (SVP): Der Stadtrat hat selber gesagt, wir könnten sogar drei Millionen Franken einstellen, weshalb ich die Kritik hier nicht nachvollziehen kann.

S. 151	20 2015 4490 0000	FINANZDEPARTEMENT Finanzverwaltung Anteil am Erträgnis der Zürcher Kantonalbank				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
057.	Antrag Stadtrat				-22 000 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP)
			2 000 000		-24 000 000 Mehrheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Verbesserung Ergebnis ZKB			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 20 Stimmen zu.

Antrag 058.

Kommissionsmehrheit:

Corinne Schäfli (AL): Der Antrag greift zu weit, ist zu teuer und soll nochmals überprüft werden, weshalb wir darum bitten, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

S. 157	20 2022 3142 0102	FINANZDEPARTEMENT Wohnliegenschaften Renovationen der Liegenschaften des Finanzvermögens				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen

058.	Antrag Stadtrat	3 465 000	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Christian Traber (CVP)
	660 000	2 805 000	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			Enthaltung	Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP)

Begründung: Projekt Burenweg überarbeiten, Kostenreduktion

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 059.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die RPK-Mehrheit ist der Meinung, dass auf diesem Konto die Mittel der Rechnung 2014 genügen.

Walter Angst (AL): Die Minderheit ist der Meinung, dass es wenig sinnvoll ist, bei der Liegenschaftsverwaltung in den einzelnen Rechnungskreise in punkto Reinigung und Unterhalt zu kürzen.

S. 163	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2025	Restaurants			
	3142 0000	Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Finanzvermögens			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
059.	Antrag Stadtrat			2 560 000	Minderheit
				2 460 000	Mehrheit

Begründung: Zurück auf Rechnung 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Antrag 060.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): Hier geht es um Kosten für Hausbesetzer, Chaoten und Gesetzesbrecher. Wer illegal ein Gebäude besetzt, macht sich strafbar. Viel skandalöser ist es, dass

der Stadtrat sich weigert, diese Gebäude zu räumen. Wir sehen nicht ein, warum wir dafür Gelder sprechen sollen und noch viel verwunderlicher ist es, warum die bürgerlichen Partner hier zustimmen.

Dr. Urs Egger (FDP): Das Konto heisst Baulandreserven und Landreserven ausserhalb der Stadt und es geht um Wasser, Energie und Heizmaterialien. Es geht darum, die Liegenschaften zu unterhalten, weshalb die Mehrheit den Stadtratsantrag unterstützt.

S. 165	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2026	Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt				
	3120 0000	Wasser, Energie und Heizmaterialien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
060.	Antrag Stadtrat				313 000 Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			313 000		0 Minderheit	Roger Liebi (SVP) Refe- rent, Martin Bürlimann (SVP)
		Begründung:	Keine Budgetierung auf Vorrat für Hausbesetzer und Chaoten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 061.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Mittel, die in der Rechnung 2014 eingestellt wurden, genügen auch auf diesem Konto.

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit ist der Meinung, dass hier richtig budgetiert wurde.

S. 165	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2026	Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt				
	3142 0000	Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Finanzvermögens				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
061.	Antrag Stadtrat				864 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
			214 000		650 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Zurück auf Rechnung 2014			

063.	Antrag Stadtrat	16 438 100	Minderheit	Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	46 000	16 392 100	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung: Kürzung Saldo um 20 % analog Sammelkürzungen auf der Kontogruppe 3180			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 064.

Kommissionsmehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Der Stellenplan ist nicht ausgeschöpft, weshalb wir hier eine Verbesserung um 500 000 Franken beantragen.

Weitere Wortmeldung:

Rebekka Wyler (SP): Wir bitten darum, den Antrag des Stadtrats für die Stellen in der OIZ zu unterstützen.

S. 187	20 2080 3010 0000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
064.	Antrag Stadtrat				49 136 200	Minderheit
			500 000		48 636 200	Mehrheit
						Enthaltung
						Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	Begründung: Stellenplan nicht ausgeschöpft (Rechnung 2014: 47,8 Mio. Fr.)					

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 39 Stimmen zu.

Antrag 065.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Hier wird nicht der ganze Betrag benötigt. 2016 können zwei Mil-

tionen Franken eingespart und allenfalls in späteren Jahren eingesetzt werden.

Felix Moser (Grüne): Letztes Jahr waren auf dem Konto 5,9 Millionen Franken eingestellt und dieses Mal 5,99 Millionen Franken, weshalb ich nicht weiss, wie man auf eine Einsparung von zwei Millionen Franken kommt. Die Mehrheit findet, dass man beim Unterhalt der IT nicht ein Drittel einsparen soll.

S. 188	20 2080 3152 0000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Unterhalt IT-Anlagen Hardware				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
065.	Antrag Stadtrat				5 991 000	Mehrheit
					2 000 000	Minderheit
					3 991 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Ausbau 2015 genügt			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 066.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Minderheit ist der Meinung, dass hier drei Millionen Franken eingespart werden können.

Felix Moser (Grüne): Auch beim Unterhalt der Software finden wir eine Kürzung schwierig, weil diese nur zu Mehrkosten in den Folgejahren führt.

S. 188	20 2080 3153 0000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Unterhalt IT-Anlagen Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
066.	Antrag Stadtrat				20 424 900	Mehrheit
					3 000 000	Minderheit
					17 424 900	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Teilverzicht 2016			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 50 Stimmen zu.

S. 193	25 2500 3189 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Polizeidepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
068.	Antrag Stadtrat				50 000 Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
			50 000		0 Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Realisierung ohne externe Unterstützung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 069.

Kommissionsminderheiten /-mehrheit:

Shaibal Roy (GLP): Die Minderheit 1 ist der Ansicht, dass Parkuhren nicht einfach nicht ersetzt werden sollen, sondern dass der restliche Bedarf in zwei Etappen ersetzt werden soll. Die sogar leicht sinkenden Reparaturkosten über alle Parkuhren hinweg, geben überhaupt keinen Anlass zur Beunruhigung.

Christian Traber (CVP): 2015 wird der Budgetkredit ausreichen. Deshalb glauben wir, dass 2016 der gleiche Betrag ausreichend ist.

Florian Utz (SP): Auf dem Konto haben wir bereits letztes Jahr eine Kürzung um 300 000 Franken vorgenommen. Eine Erstreckung der Parkuhrenbeschaffung ist also schon passiert. Deshalb soll man nun die Parkuhren auch beschaffen.

S. 195	25 2505 3111 0113	POLIZEIDEPARTEMENT Parkgebühren Anschaffungen Parkuhren, Zentrale Parkuhren und Signalisationseinrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
069.	Antrag Stadtrat				990 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
			300 000		690 000 Minderheit 1	Shaibal Roy (GLP) Referent
			590 000		400 000 Minderheit 2	Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: GLP: Streckung Neubeschaffungen um ein Jahr; CVP: Ersatzbeschaffung der Parkuhren analog 2015			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(990 000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(690 000)	13 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(400 000)	<u>50 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 75 gegen 50 Stimmen zugestimmt.

Antrag 070.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Kleger (FDP): Die Rechnungen sind letztes Jahr immer tiefer geworden und müssen nicht zwingend von der VBZ vorgenommen werden. Deshalb beantragen wir hier eine Kürzung um 20 %.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit hält diese Kürzung nicht für sinnvoll, weil es einen Vertrag mit der VBZ gibt und dieser Vertrag einzuhalten ist. Es würde auch heissen, dass die VBZ keinen kostendeckenden Beitrag mehr bekommen würde.

S. 195	25	POLIZEIDEPARTEMENT			
	2505	Parkgebühren			
	3180 0105	Entschädigung an VBZ für Münzgeldverarbeitung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
070.	Antrag Stadtrat			480 000	Mehrheit
					Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP)
		96 000		384 000	Minderheit
					Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Kürzung um 20 %		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 48 Stimmen zu.

Antrag 071.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Kleger (FDP): *Es gibt immer weniger Parkplätze und deshalb ist eine zusätzliche Erhöhung nicht angemessen.*

Florian Utz (SP): *Wenn man hier 20 % streicht, werden um 20 % weniger die Parkuhren geleert. Dies erachten wir nicht als sinnvoll.*

S. 195	25	POLIZEIDEPARTEMENT			
	2505	Parkgebühren			
	3180 0207	Entschädigung an Dritte für Parkuhrenleerung			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
071.	Antrag Stadtrat				
					570 000 Mehrheit
			114 000		456 000 Minderheit
					Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Kürzung um 20 %	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 072.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): *Die Mehreinnahmen der Gebühren finden noch nicht statt. Die Weisung kann noch länger bestritten sein. Deshalb ist es logisch, den Betrag nicht einzustellen. Die Grünliberalen wären dafür, die Gebühren vollends zu erhöhen, was noch interessant ist, wenn man einen Kompromiss sucht.*

Florian Utz (SP): *Die Mehrheit findet, man kann die Gebührenerhöhung durchaus diskutieren, aber es macht keinen Sinn, das Budget einfach um zwei Millionen Franken zu verschlechtern.*

S. 196	25	POLIZEIDEPARTEMENT			
	2505	Parkgebühren			
	4340 0108	Parkgebühren			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
072.	Antrag Stadtrat				
					-16 800 000 Mehrheit
					Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)

2 000 000 -14 800 000 Minderheit

Dr. Urs Egger (FDP)
Referent, Martin Bürlimann
(SVP), Roger Liebi (SVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Keine Erhöhung der Parkgebühren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 43 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 77, Beschluss-Nr. 1493/2015).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 2015, 14.15 Uhr.